Gesetz über den direkten Finanzausgleich

(Finanzausgleichsgesetz)

Vom 2. Dezember 1984 (Stand 1. Januar 2010)

Der Kantonsrat von Solothurn
gestützt auf Artikel 62 der Kantonsverfassung vom 23. Oktober 1887

beschliesst:

A. Geltungsbereich und Zielsetzung

I. Geltungsbereich

§ 1.¹⁾ *Geltung*

Das Gesetz regelt den direkten Finanzausgleich der Einwohnergemeinden und der Kirchgemeinden.

II. Zielsetzung

§ 2. *Zweck*

¹ Der Finanzausgleich:

- a) verringert die Finanzkraftunterschiede zwischen den Gemeinden;²⁾
- b) hilft den Gemeinden bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben.

² Der Finanzausgleich berücksichtigt dabei:

- a) die Forderung nach einem leitbildgerechten Verhalten der Gemeinden;
- b) die Forderung nach einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung durch die Gemeinden.

¹⁾ § 1 Fassung vom 27. August 2002.

²⁾ § 2 Absatz 1 Buchstabe a Fassung vom 27. August 2002.

B. Der Finanzausgleich der Einwohnergemeinden

I. Zielsetzung

§ 3. *Grundsatz*

Der Finanzausgleich der Einwohnergemeinden:

- a) teilt die Gemeinden nach Massgabe ihres Finanzausgleichsindex in pflichtige und berechnete Gemeinden ein;
- b) entlastet die berechneten Gemeinden durch Ausgleichsbeiträge und Investitionsbeiträge;
- c) belastet die pflichtigen Gemeinden durch Abgaben.

II. Finanzausgleichsindex

§ 4. *1. Grundlage*

Für jede Einwohnergemeinde wird jährlich ein Finanzausgleichsindex berechnet.

§ 5. *2. Berechnung*

a) Berechnungsweise

¹ Der Finanzausgleichsindex setzt sich aus zwei gewichteten Anteilen zusammen. Der eine Anteil errechnet sich aus dem Steuerbedarfsindex (§ 6), der andere aus dem Steuerkraftindex (§ 9) der Gemeinde.

² Der Kantonsrat legt die Gewichte der beiden Anteile fest. Dabei beträgt die Gewichtung des Steuerbedarfs höchstens 50%, jene der Steuerkraft mindestens 50%, jedoch maximal 70%.¹⁾

^{2bis} Die Gewichtung des Steuerbedarfs für die Städte ist um mindestens 5 Prozentpunkte, jedoch maximal 10 Prozentpunkte höher als für die anderen Gemeinden.²⁾

^{2ter} Die Gewichte der beiden Anteile von Steuerbedarf und Steuerkraft nach Absatz 2 und Absatz 2^{bis} ergeben jeweils 100%.³⁾

³ Das zuständige Departement berechnet den Finanzausgleichsindex nach der Formel 1 des Anhangs und eröffnet ihn samt den Berechnungsgrundlagen der Gemeinde.

b) Steuerbedarfsindex

Der Steuerbedarfsindex einer Gemeinde ist das in Prozenten ausgedrückte Verhältnis ihres Steuerbedarfs (§ 7) zu ihrem Staatssteueraufkommen (§ 8).

¹⁾ § 5 Absatz 2 Fassung vom 27. August 2002.

²⁾ § 5 Absatz 2^{bis} eingefügt am 27. August 2002.

³⁾ § 5 Absatz 2^{ter} eingefügt am 27. August 2002.

§ 7.¹⁾ c) *Steuerbedarf*

¹ Der Steuerbedarf einer Gemeinde ist die bereinigte Summe ihrer Gemeindesteuern der natürlichen und juristischen Personen. Bei der Bereinigung gelten unter anderem:

a) als Zuwachs:

- Aufwandüberschuss der steuerfinanzierten Gemeinderechnung und der nicht als eigenwirtschaftlich geführten Spezialfinanzierungen, sofern kein Bilanzfehlbetrag oder kein entsprechender Vorschuss aufgebaut wird;
- Ausgleichsbeiträge aus dem Finanzausgleichsfonds nach § 14;
- Abschreibungen auf dem Bilanzfehlbetrag oder auf dem Vorschuss.

b) als Abzug:

- Ertragsüberschuss der steuerfinanzierten Gemeinderechnung und der nicht eigenwirtschaftlich geführten Spezialfinanzierungen;
- Abschreibungen und Rücklagen, die das zulässige, anrechenbare Mass überschreiten;
- Erschliessungsbeiträge nach § 108 Baugesetz, die von der Gemeinde nicht in einem zumutbaren Ausmass erhoben werden;
- Aufbau eines Bilanzfehlbetrages oder eines Vorschusses;
- Fremdfinanzierungskosten, die das zulässige anrechenbare Mass überschreiten.

c) als neutrale Positionen:

- Massnahmen zur Sanierung einer notleidenden Gemeinde;
- Stille Reserven infolge Auslagerung öffentlicher Aufgaben.

² Der Regierungsrat bestimmt das Ausmass und die Berechnungsart der einzelnen Bereinigungsgrössen. Er kann weitere Bereinigungsgrössen sowie die massgebenden Ansätze für Erschliessungsbeiträge festlegen.

§ 8. d) *Staatssteueraufkommen*

Das Staatssteueraufkommen einer Gemeinde ist die Summe der Staatssteuern der natürlichen und juristischen Personen aus dieser Gemeinde bei einem Satz von 100%, vermehrt oder vermindert um Steuerauscheidungen.

§ 9. e) *Steuerkraftindex*

Der Steuerkraftindex einer Gemeinde ist das in Prozenten ausgedrückte Verhältnis ihrer Steuerkraft (§ 10 Abs. 1) zur Steuerkraft des Staates (§ 10 Abs. 2).

§ 10. f) *Steuerkraft*

¹ Die Steuerkraft einer Gemeinde ist das Verhältnis ihres Staatssteueraufkommens zu ihrer Einwohnerzahl.

² Die Steuerkraft des Staates ist das Verhältnis der Summe des Staatssteueraufkommens aller Gemeinden zur gesamten Einwohnerzahl.

¹⁾ § 7 Fassung vom 27. August 2002.

III. Grenzindex

§ 11. 1. Berechtigte und pflichtige Gemeinden

¹ Der Grenzindex unterteilt die Gemeinden in berechtigte Gemeinden und pflichtige Gemeinden.

² Berechtigte Gemeinden weisen einen Finanzausgleichsindex auf, der grösser ist als der Grenzindex.

³ Pflichtige Gemeinden weisen einen Finanzausgleichsindex auf, der kleiner ist als der Grenzindex.

§ 12. 2. Berechnung

Der Kantonsrat bestimmt den Grenzindex nach Formel 2 des Anhangs.

IV. Ausgleichsbeiträge

§ 13. 1. Berechtigung

Anspruch auf Ausgleichsbeiträge haben die nach § 11 Absatz 2 berechtigten Gemeinden.

§ 14. 2. Berechnung

¹ Der Ausgleichsbeitrag an eine Gemeinde bemisst sich im Wesentlichen nach ihrem Finanzausgleichsindex, ihrem Staatssteueraufkommen, dem Faktor zur Verstärkung der Ausgleichswirkung sowie nach der Vorgabe der maximalen Entlastung.¹⁾

² Der Kantonsrat bestimmt den Faktor zur Verstärkung der Ausgleichswirkung sowie die Vorgabe der maximalen Entlastung nach der Formel 3 des Anhangs.²⁾

³ Das zuständige Departement berechnet jährlich die Ausgleichsbeiträge nach der Formel 3 des Anhangs und eröffnet sie den Gemeinden.

V. Investitionsbeiträge

§ 15. 1. Berechtigung

a) Projekte

¹ Anspruch auf Investitionsbeiträge besteht für Projekte, die:

- a) von einer nach § 16 berechtigten Gemeinde ausgeführt werden;
- b) Nettokosten aufweisen, die über einer Mindestkostengrenze (§ 17) liegen;
- c) als beitragsberechtigte Projekte nach § 18 anerkannt sind; sowie³⁾
- d) einem ausgewiesenen Bedarf entsprechen.

¹⁾ § 14 Absatz 1 Fassung vom 27. August 2002.

²⁾ § 14 Absatz 2 Fassung vom 27. August 2002.

³⁾ § 15 Absatz 1 Buchstabe c Fassung vom 27. August 2002.

² Der Regierungsrat erlässt Vorschriften über die Behandlung von zusammengesetzten Projekten sowie von Projekten, die von mehreren Gemeinden gemeinsam erstellt werden.

³ Das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen ist anwendbar.¹⁾

§ 16. b) Gemeinden

¹ Anspruch auf Investitionsbeiträge haben berechnete Gemeinden nach § 11 Absatz 2, deren Investitionsbeitragssatz nach Formel 4a des Anhanges mindestens 10 % beträgt. Vorbehalten bleibt Absatz 2.²⁾

² Der Kantonsrat kann, wenn es die konjunkturelle Lage erfordert, die Beitragsberechnung ändern, indem er den Grenzindex für Investitionsbeiträge um maximal 10% verändert.

§ 17. 2. Mindestkostengrenze

¹ Die für eine Gemeinde geltende Mindestkostengrenze wird durch einen Prozentsatz ihres Staatssteueraufkommens bestimmt.

² Der Kantonsrat legt den Prozentsatz fest.

§ 18.³⁾ Projektkriterien

¹ Der Regierungsrat bestimmt die beitragsberechtigten Projekte.

² Beitragsberechnung sind insbesondere Hochbauprojekte, die aus gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben resultieren.

§ 19. 4. Beitragsgestaltung

a) Nettokosten

¹ Für die Berechnung der Investitionsbeiträge wird auf die Nettokosten eines Projektes abgestellt.

² Die Nettokosten entsprechen den Bruttokosten (§ 20), abzüglich sämtlicher Subventionen und sonstiger Beiträge.⁴⁾

§ 20.⁵⁾ b) Bruttokosten

¹ Die massgebenden Bruttokosten eines Projektes berechnen sich nach den Kosteneinheiten.

² Der Regierungsrat legt die Kosteneinheiten fest.

§§ 21. - 22. ...⁶⁾

§ 23. e) Beitragsberechnung

¹ Ein Investitionsbeitrag bemisst sich nach:

- a) den Nettokosten des Projektes gemäss der Schlussabrechnung;
- b) dem Finanzausgleichsindex der ausführenden Gemeinde und dem Grenzindex, welche beide zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung Gültigkeit hatten.

¹⁾ § 15 Absatz 3 Fassung vom 22. September 1996.

²⁾ § 16 Absatz 1 Fassung vom 27. August 2002.

³⁾ § 18 Fassung vom 27. August 2002.

⁴⁾ § 19 Absatz 2 Fassung vom 27. August 2002.

⁵⁾ § 20 Fassung vom 27. August 2002.

⁶⁾ §§ 21 - 22 aufgehoben am 27. August 2002.

131.71

² Hat der Kantonsrat den Grenzindex nach § 16 Absatz 2 verändert, so ist der veränderte Grenzindex massgebend.

³ Die Berechnung erfolgt nach Formel 4b des Anhanges.¹⁾

§ 24. f) Kürzungen

Übersteigt die Summe von Investitionsbeitrag, Subventionen, tatsächlich erhobenen Erschliessungsbeiträgen und sonstigen Beiträgen 100% der Bruttokosten eines Projektes, so wird der Investitionsbeitrag um den 100% übersteigenden Betrag gekürzt.

§ 25. 5. Entscheidungsinstanz

¹ Über sämtliche Gesuche um Investitionsbeiträge entscheidet die Finanzausgleichskommission nach § 71 f. Dies gilt insbesondere auch für den Entscheid über den Bedarf (§ 15 Abs. 1 lit. d) und über die Höhe der auszubehaltenden Investitionsbeiträge.

² Die Finanzausgleichskommission kann zur Erfüllung dieser Aufgabe alle kantonalen Verwaltungsstellen zur Mitarbeit heranziehen.

§ 26. 6. Verfahren

a) Gesuchseinreichung

¹ Für sämtliche Projekte, für die ein Investitionsbeitrag geltend gemacht wird, ist durch die ausführende Gemeinde rechtzeitig ein schriftliches Gesuch beim zuständigen Departement einzureichen.

² Das zuständige Departement veranlasst die für den Finanzausgleich notwendigen verwaltungsinternen Abklärungen. Es überweist die Gesuche samt den weiteren Unterlagen der Finanzausgleichskommission.

³ Die Finanzausgleichskommission kann Gesuche ablehnen oder Investitionsbeiträge kürzen, falls Gesuche oder Schlussabrechnungen verspätet eingereicht werden.

§ 27. b) Auskunftspflicht

Die Gemeinden sind verpflichtet, den kantonalen Amtsstellen und der Finanzausgleichskommission alle notwendigen Auskünfte zu erteilen.

§ 28. c) Zeitpunkt des Entscheides

¹ Die Finanzausgleichskommission entscheidet:

- a) nach der Einreichung des Gesuches über die Beitragsberechtigung und den Beitragsatz;
- b) nach Vorliegen der Schlussabrechnung über die Beitragshöhe. Die Gemeinden haben dazu die Schlussabrechnung innert 6 Monaten nach deren Fertigstellung beim zuständigen Departement einzureichen.

² Bei grossen Projekten können aufgrund von Zwischenabrechnungen Akonto-Zahlungen bewilligt werden.

§ 29. d) Eröffnung des Entscheides

Die Finanzausgleichskommission eröffnet ihre Entscheide den Gemeinden schriftlich und mit Begründung.

¹⁾ § 23 Absatz 3 Fassung vom 27. August 2002.

§ 30. e) Fälligkeit der Beiträge

Das zuständige Departement legt die Fälligkeit der Beiträge nach Massgabe der vorhandenen Mittel fest.

V^{bis}. Besondere Beiträge¹⁾

§ 30a. Berechtigung

¹ Gemeinden, welche nach § 11 Anspruch auf Ausgleichsbeiträge haben, können besondere Beiträge ausgerichtet werden:

- a) einmalig an die Kosten für Studien zur Machbarkeit von interkommunalen Kooperationen;
- b) zum Ausgleich einer Schlechterstellung im ordentlichen Finanzausgleich aufgrund von Zusammenschlüssen von Gemeinden. Die Ausgleichsbeiträge nach litera b) sind auf maximal drei Jahre beschränkt.

² Der Regierungsrat erlässt Ausführungsbestimmungen über die Ausrichtung von besonderen Beiträgen.

³ Es besteht kein Rechtsanspruch auf Ausrichtung von besonderen Beiträgen.

§ 30b.²⁾ Strukturell schwache Gemeinden

¹ An strukturell schwache Einwohnergemeinden können besondere Beiträge ausgerichtet werden:

- a) für Projektkosten oder Vorbereitungsarbeiten, welche zu einem Zusammenschluss mit einer Einwohnergemeinde führen;
- b) zum Ausgleich einer Schlechterstellung im ordentlichen Finanzausgleich aufgrund von Zusammenschlüssen mit Einwohnergemeinden. Diese Ausgleichsbeiträge sind auf maximal sechs Jahre beschränkt.

² § 30a Absätze 2 und 3 gelten auch für die besonderen Beiträge an strukturell schwache Gemeinden.

VI. Die Finanzierung

§ 31. 1. Finanzausgleichsfonds der Einwohnergemeinden

a) Grundsatz

¹ Die Finanzierung der Ausgleichsbeiträge, der Investitionsbeiträge und der besonderen Beiträge erfolgt über den Finanzausgleichsfonds der Einwohnergemeinden.³⁾

² Der Finanzausgleichsfonds wird gespiesen durch Abgaben des Staates sowie der nach § 11 Absatz 3 pflichtigen Einwohnergemeinden.

¹⁾ Abschnitt V^{bis} mit § 30a eingefügt am 27. August 2002.

²⁾ § 30b eingefügt am 9. März 2010.

³⁾ § 31 Absatz 1 Fassung vom 27. August 2002.

131.71

§ 32. b) *Limitierung*

Der Finanzausgleichsfonds der Einwohnergemeinden soll per Ende Jahr einen Stand aufweisen, der in der Regel die Hälfte der durchschnittlichen Jahresauszahlungen nicht überschreitet.

§ 33.¹⁾ 2. *Abgabe des Staates*

Die Abgabe des Staates an den Finanzausgleich der Einwohnergemeinden beträgt jährlich gleichviel wie die Summe der Abgaben der nach § 11 Absatz 3 pflichtigen Einwohnergemeinden.

§ 34. 3. *Abgaben der pflichtigen Gemeinden*

a) *Grundsatz*

Die Abgabe einer Gemeinde bemisst sich im wesentlichen nach ihrem Finanzausgleichsindex, ihrem Staatssteueraufkommen sowie nach der Vorgabe der maximalen Belastung.

b) *Maximale Belastung*

Der Kantonsrat bestimmt die Vorgabe der maximalen Belastung nach der Formel 5 des Anhangs.

c) *Berechnung*

Das zuständige Departement berechnet jährlich die Abgaben nach der Formel 5 des Anhangs und eröffnet sie den Gemeinden.

VII. Datengrundlage

§ 37. *Umfang, Erfassung und Termine*

¹⁾ Die Grundlagen für die Berechnung des Finanzausgleichs bilden die Steuerdaten, die Gemeinderechnungen und die Einwohnerzahlen im Durchschnitt zweier Basisjahre.²⁾

²⁾ Der Regierungsrat bestimmt die Art und Weise der Datenerfassung, die Beschaffenheit der Daten, die Termine sowie die Basisjahre.³⁾

³⁾ Die Einwohnergemeinden sind verpflichtet, alle notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen.

¹⁾ § 33 Fassung vom 29. Januar 1995; GS 93, 477.

²⁾ § 37 Absatz 1 Fassung vom 27. August 2002.

³⁾ § 37 Absatz 2 Fassung vom 27. August 2002.

C. Der Finanzausgleich der Bürgergemeinden

§§ 38–61. ...¹⁾)

D. Der Finanzausgleich der Kirchgemeinden

I. Zielsetzung

§ 62. Grundsatz

Der Finanzausgleich der Kirchgemeinden

- a) unterstützt alle Kirchgemeinden nach Massgabe der Anzahl ihrer Konfessionsangehörigen;
- b) entlastet finanzschwache Kirchgemeinden;
- c) stellt den Kantonalorganisationen Mittel zur weiteren Unterstützung ihrer Kirchgemeinden sowie zur Erfüllung regionaler und kantonaler Aufgaben zur Verfügung.

II. Finanzierung

§ 63. 1. Gesamtbetrag

Dem Finanzausgleich der Kirchgemeinden steht jährlich der Ertrag der Finanzausgleichssteuer nach § 109²⁾ des Steuergesetzes zur Verfügung.

§ 64. 2. Anspruch jeder Konfession

¹⁾ Die Aufteilung des Ertrages der Finanzausgleichssteuer auf die einzelnen Konfessionen erfolgt nach der Anzahl Konfessionsangehöriger in jedem Bezirk.

²⁾ Die Summe der Anteile aus allen Bezirken ergibt den Gesamtanspruch einer Konfession.

III. Verteilung

§ 65. 1. Grundsatz

Der Gesamtanspruch einer Konfession wird wie folgt aufgeteilt:

- a) 1/5 an alle Kirchgemeinden dieser Konfession;
- b) 2/5 an die finanzschwachen Kirchgemeinden dieser Konfession;
- c) 2/5 an die Kantonalorganisation der betreffenden Konfession.

¹⁾ §§ 38-61 aufgehoben am 29. Januar 1995.

²⁾ Fassung nach § 260 Absatz 6 StG vom 1. Dezember 1985; GS 90, 185.

131.71

§ 66. 2. Anteil aller Kirchgemeinden

Die Verteilung auf alle Kirchgemeinden einer Konfession erfolgt nach Massgabe der Anzahl der Konfessionsangehörigen.

§ 67. 3. Anteil der finanzschwachen Kirchgemeinden

¹ Die Verteilung an finanzschwache Kirchgemeinden einer Konfession erfolgt nach einem Reglement, das von der entsprechenden Kantonalorganisation auszuarbeiten und vom Regierungsrat zu genehmigen ist.

² Die Verteilungsgrundsätze haben auf eine progressive Berücksichtigung der Steuerlast abzustellen.

§ 68. 4. Anteil der Kantonalorganisation

¹ Der Anteil der Kantonalorganisation ist zu verwenden:

- a) zur Unterstützung finanzschwacher oder neu entstehender Kirchgemeinden, insbesondere zur Subventionierung ihrer ausserordentlichen Aufgaben;
- b) zur Erfüllung regionaler und kantonaler Aufgaben.

² Die Verwendung dieses Anteils untersteht der Aufsicht des Regierungsrates.

§ 69. 5. Berechnung

Das zuständige Departement berechnet jährlich die Beiträge, die auf die einzelnen Kirchgemeinden und auf die Kantonalorganisationen entfallen und eröffnet sie den Beitragsempfängern.

IV. Datengrundlage

§ 70. Umfang, Erfassung und Termine

¹ Die Grundlage für die Berechnungen des Finanzausgleichs bilden die Finanzausgleichssteuerdaten, die Anzahl der Konfessionsangehörigen in jeder Einwohner- und Kirchgemeinde sowie die von den Reglementen der Kantonalorganisationen genannten Daten.

² Der Regierungsrat bestimmt die Art und Weise der Datenerfassung, die Termine sowie das Basisjahr.

³ Die Kirchgemeinden sind verpflichtet, alle notwendigen Daten zur Verfügung zu stellen.

E. Verfahren

I. Finanzausgleichskommission

§ 71.¹⁾ 1. Zusammensetzung und Wahl

¹ Die Finanzausgleichskommission besteht aus sechs Mitgliedern, die vom Regierungsrat auf die ordentliche Amtsdauer gewählt werden. Der Vorsteher des zuständigen Departementes führt den Vorsitz.

² Der Verband der Solothurner Einwohnergemeinden schlägt drei Mitglieder vor.²⁾

§ 72. 2. Kompetenz

¹ Die Finanzausgleichskommission entscheidet über Investitionsbeiträge an Einwohnergemeinden und überwacht deren Zweckverwendung.

² Die Finanzausgleichskommission nimmt Stellung zu allen anderen Fragen des Finanzausgleichs, die ihr vom Regierungsrat oder vom zuständigen Departement unterbreitet werden.

II. Gemeinsame Bestimmungen

§ 73. 1. Kürzung der Beiträge und Erhöhung der Abgaben

¹ Das zuständige Departement ist befugt, den von ihm errechneten Beitrag an eine Gemeinde - mit Ausnahme der Kirchgemeinden - zu kürzen oder die von ihm errechnete Abgabe einer Gemeinde zu erhöhen, falls die Gemeinde:

- a) sich nicht leitbildgerecht verhält;
- b) ihre Aufgaben nicht wirtschaftlich erfüllt oder
- c) die gesetzlichen Vorschriften über den Gemeindehaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden nicht befolgt.

² Bevor das zuständige Departement einen Entscheid nach Absatz 1 fällt, ist die Finanzausgleichskommission anzuhören.

§ 74. 2. Berichtigung der Beiträge und Abgaben

¹ Beiträge oder Abgaben, die aufgrund unrichtiger Angaben oder Berechnungen bestimmt und ausbezahlt oder eingefordert wurden, sind durch das zuständige Departement zu berichtigen.

² Das zuständige Departement hat dabei entstehende Differenzbeträge unter Vorbehalt von § 77 von den Gemeinden einzufordern beziehungsweise an die Gemeinden auszubezahlen.

³ Liegt die Eröffnung eines Beitrages oder einer Abgabe mehr als drei Jahre zurück, so werden keine Berichtigungen mehr vorgenommen.

¹⁾ § 71 Fassung vom 29. Januar 1995; GS 93, 477.

²⁾ § 71 Absatz 2 Fassung vom 27. August 2002.

131.71

§ 75. 3. Sicherung der Zweckverwendung von Investitionsbeiträgen

¹ Investitionsbeiträge sind bei Zweckentfremdung innert 25 Jahren nach Auszahlung auf Beschluss der Finanzausgleichskommission durch die Gemeinden zurückzuerstatten und fliessen in den Finanzausgleichsfonds. Über eine allfällige Verzinsung entscheidet die Finanzausgleichskommission.

² Die Gemeinden sind verpflichtet, Zweckentfremdungen dem zuständigen Departement schriftlich mitzuteilen.

^{2bis} Das zuständige Departement ist befugt, die Verwendung der Investitionsbeiträge auf ihre Zweckbestimmung hin zu überprüfen.¹⁾

³ Die Rückerstattungspflicht bei Liegenschaften ist als öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkung im Grundbuch anzumerken.²⁾

§ 76.³⁾ 4. Verwaltungskosten

Die dem Kanton durch den direkten Finanzausgleich erwachsenen Verwaltungskosten werden dem Finanzausgleichsfonds der Einwohnergemeinden und dem Ertrag der Finanzausgleichssteuer für Kirchgemeinden nach Massgabe des tatsächlichen Aufwandes belastet.

§ 77. 5. Mindestzahlung

Beträge unter einem vom Kantonsrat festgesetzten Betrag werden im Finanzausgleich weder ausbezahlt noch eingefordert.

III. Rechtsmittel

§ 78. 1. Einsprache

a) Einspracherecht: Frist, Form, Inhalt

¹ Die Einwohner- und Kirchgemeinden sowie die Kantonalorganisationen der Konfessionen können gegen Entscheide des zuständigen Departementes und der Finanzausgleichskommission Einsprache erheben, ebenso das zuständige Departement gegen Entscheide der Finanzausgleichskommission.⁴⁾

² Die Einsprachefrist beträgt 30 Tage seit Zustellung des Entscheides.

³ Die Einspracheschrift ist mit Antrag und Begründung bei der Behörde einzureichen, die den angefochtenen Entscheid erlassen hat.

§ 79. b) Verspätete und unvollständige Einsprachen

¹ Auf verspätete Einsprachen wird nur eingetreten, wenn der Einsprecher nachweist, dass ihm die rechtzeitige Einreichung ohne sein Verschulden nicht möglich war.

² Unvollständige Einsprachen werden unter Ansetzung einer angemessenen Nachfrist zur Vervollständigung zurückgewiesen.

¹⁾ § 75 Absatz 2^{bis} eingefügt am 27. August 2002.

²⁾ § 75 Absatz 3 Fassung vom 27. August 2002.

³⁾ § 76 Fassung vom 29. Januar 1995; GS 93, 477.

⁴⁾ § 78 Absatz 1 Fassung vom 29. Januar 1995; GS 93, 477.

§ 80. c) Zuständigkeit

Zur Behandlung der Einsprache zuständig ist die Behörde, die den angefochtenen Entscheid erlassen hat.

§ 81. d) Einspracheentscheid

¹ Der Einspracheentscheid ist dem Einsprecher sowie beteiligten Dritten schriftlich und mit Begründung zu eröffnen.

² Das Einspracheverfahren ist kostenlos. Vorbehalten bleibt die Kostenerhebung für Beweismassnahmen, welche von den Parteien verlangt werden.

§ 82. 2. Beschwerde**a) Beschwerderecht; Frist, Inhalt**

¹ Die Einwohner- und Kirchgemeinden sowie die Kantonalorganisationen der Konfessionen können gegen alle Einspracheentscheide, das zuständige Departement gegen jene der Finanzausgleichskommission Beschwerde einreichen.¹⁾

² Die Beschwerdefrist beträgt 30 Tage seit Zustellung des Entscheides.²⁾

§ 83.³⁾ b. Zuständigkeit

Über Beschwerden entscheidet das Verwaltungsgericht.

§ 84. c) Verfahren

Das Beschwerdeverfahren richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 15. November 1970⁴⁾.

F. Übergangs- und Schlussbestimmungen

I. Vollzug

§ 85. Verordnung

Der Regierungsrat erlässt die erforderliche Vollzugsverordnung.

¹⁾ § 82 Absatz 1 Fassung vom 29. Januar 1995; GS 93, 477.

²⁾ § 82 Absatz 2 Fassung vom 27. August 2002.

³⁾ § 83 Fassung vom 24. Juni 2004.

⁴⁾ BGS 124.11.

II. Änderung bisherigen Rechts

§ 86. 1. Änderung des Steuergesetzes

Das Gesetz über die direkte Staats- und Gemeindesteuer vom 29. Januar 1961¹⁾ wird wie folgt geändert:

- a) § 5^{bis} wird eingefügt: ...²⁾)
- b) §§ 6-13^{bis} werden aufgehoben, § 6^{bis} Absatz 1 erst 3 Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes.³⁾)
- c) § 26 Absatz 4 lautet neu: ...⁴⁾)

§ 87. 2. Änderung des Gesetzes über das Forstwesen

Das Gesetz über das Forstwesen vom 6. Dezember 1931⁵⁾ wird wie folgt geändert:

- a) § 35 lautet neu:

¹ Gemeinden und Kooperationen haben über ihren Waldbesitz eine eigene Forstrechnung zu führen und eine Forstreserve anzulegen.

² Der Regierungsrat erlässt Vorschriften über die Rechnungsführung.

³ Die Kreisförster haben die Forstrechnungen der Bürgergemeinden und Kooperationen zu prüfen.

- b) § 41 lautet neu:

¹ Der Ertrag der Forstrechnung ist zur Deckung des Aufwandes für den Forstbetrieb und die Forstverwaltung zu verwenden.

² Die Verwendung der Überschüsse und die Deckung von Defiziten richten sich nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes.

³ Nach dem Vollzug des Finanzausgleichs noch verbleibende Überschüsse können den Berechtigten als Bürgergabe oder der Forstreserve zugewiesen werden. Eine andere Verwendung erfordert eine Bewilligung des Regierungsrates. Die bezogene Bürgergabe darf veräußert werden; die Gemeinden sind indessen befugt, im Forstreglement den Verkauf zu verbieten.

§ 88. ...⁶⁾)

¹⁾ GS 82, 9. Durch das StG vom 1. Dezember 1985 vollständig aufgehoben.

²⁾ Die Finanzausgleichssteuer ist in § 109 StG festgelegt.

³⁾ Vgl. BGS 131.711.

⁴⁾ Die Regelung der Besteuerung von Finanzausgleichsbeiträgen an Bürgergemeinden ist in § 247 Absatz 5 StG enthalten.

⁵⁾ GS 72, 151.

⁶⁾ § 88 aufgehoben durch § 74 Buchstabe g Sozialhilfegesetz vom 2. Juli 1989; GS 91, 388.

§ 89. 4. Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes

Das Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 15. November 1970¹⁾ wird wie folgt geändert:

- a) § 3 Absatz 1 litera b lautet neu:
- b) die kantonalen Schätzungskommissionen, das Verwaltungsgericht, das Versicherungsgericht, die kantonale Rekurskommission in Steuer-sachen, die Finanzausgleichsrekurskommission und weitere durch die Gesetzgebung bezeichnete Verwaltungsgerichtsbehörden.
- b) § 11 Absatz 2 lautet neu:
- ² Die Gewährung von Auskünften aus Steuerakten beurteilt sich nach der Steuer- und der Finanzausgleichsgesetzgebung.
- c) § 28 Absatz 3 lautet neu:
- ³ Die besonderen Verhältnisse der Steuer- und der Finanzausgleichsge-
setzgebung bleiben vorbehalten.
- d) § 40 Absatz 1
Als litera e wird eingefügt: die Finanzausgleichsrekurskommission.
Litera e a.F. wird zu litera f.

§ 90. 5. Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes

Das Gesetz über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977²⁾ wird wie folgt geändert:

- a) § 48 Absatz 1 litera a endet neu:
... Staat und Gemeinden andererseits, unter Vorbehalt von § 59^{ter};
- b) § 49 litera b lautet neu:
der Departemente unter Vorbehalt von §§ 50 und 59^{ter};
- c) § 59^{bis} wird eingefügt:
¹ Die Finanzausgleichsrekurskommission besteht aus 5 Mitgliedern und 3 Ersatzmitgliedern.
² Der Kantonsrat wählt den Präsidenten, den Vizepräsidenten, die übrigen Mitglieder und Ersatzmitglieder.
³ Die Kommission ist beschlussfähig, wenn unter Einrechnung allfällig aufgebotener Ersatzleute 5 Mitglieder anwesend sind.
Marginale: 1. Bestand, Wahlart, Stellvertretung und Beschlussfähigkeit
- d) § 59^{ter} wird eingefügt:
Die Finanzausgleichsrekurskommission beurteilt Beschwerden gegen alle Entscheide im Rahmen des Einspracheverfahrens nach den §§ 82–84 Finanzausgleichsgesetz.
Marginale: 2. Kompetenzen
- e) § 59^{quater} wird eingefügt:
Die Finanzausgleichsrekurskommission ordnet die Geschäftsführung in einem Reglement, das durch den Kantonsrat zu genehmigen ist.
Marginale: 3. Geschäftsreglement
- f) Die §§ 59^{bis} -59^{quater} erhalten folgende Überschrift:
«Finanzausgleichsrekurskommission»

¹⁾ GS 85, 244.

²⁾ GS 87, 195.

131.71

- g) Der § 60 erhält folgende Überschrift:
Andere verwaltungsgerichtliche Behörden
- h) § 68^{bis} wird eingefügt:
Der Regierungsrat wählt den Sekretär der Finanzausgleichsrekurskommission und dessen Stellvertreter.
Marginale: Anzahl, Wahlart und Stellvertretung
- i) Der § 68^{bis} erhält folgende Überschrift:
«Sekretär der Finanzausgleichsrekurskommission»
- j) Die §§ 69 und 70 erhalten folgende Überschrift:
«IX. Kanzleipersonal»
- k) § 86 Absatz 3
Nach «Kantonale Rekurskommission in Steuersachen» wird eingefügt:
die Finanzausgleichsrekurskommission.
- l) § 87 litera c
Nach «Mitglieder der Kantonalen Rekurskommission in Steuersachen» wird eingefügt: als Mitglieder der Finanzausgleichsrekurskommission.
- m) § 88 Absatz 3 wird beigefügt:
Wahlerfordernisse für den Sekretär der Finanzausgleichsrekurskommission sind eine abgeschlossene Ausbildung in Jurisprudenz oder Wirtschaftswissenschaften an einer schweizerischen Hochschule sowie Kenntnisse im Rechnungswesen der öffentlichen Hand.
Die Marginale des § 88 wird ergänzt durch: Sekretär der Finanzausgleichsrekurskommission.
- n) § 109 Absatz 1 lautet neu:
¹ Die Geschäftsführung des Obergerichtes, des Kassationsgerichtes, des Verwaltungsgerichtes, des Versicherungsgerichtes, der Kantonalen Rekurskommission in Steuersachen und der Finanzausgleichsrekurskommission steht unter der Aufsicht des Kantonsrates.
- o) § 112 lautet neu:
Die Kantonale Rekurskommission in Steuersachen und die Finanzausgleichsrekurskommission erstatten dem Kantonsrat jährlich Bericht über ihre Tätigkeit.
Marginale: 3. Kantonale Rekurskommission in Steuersachen und Finanzausgleichsrekurskommission

§ 91. ...¹)

¹) § 91 aufgehoben durch § 216 GG vom 16. Februar 1992; GS 92, 325.

II^{bis}. Änderung bisherigen Rechts gemäss Teilrevision vom 27. August 2002¹⁾

§ 91a. 1. Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues

Das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaues vom 27. Juni 1966²⁾ wird wie folgt geändert:

§ 5 Absatz 2 lautet neu:

²⁾ Für die Verteilung des Anteils der Einwohnergemeinden ist die Einwohnerzahl gemäss der kantonalen Bevölkerungsstatistik massgebend.

§ 91b. 2. Änderung des Einführungsgesetzes zum eidgenössischen Zivilschutzrecht

Das Einführungsgesetz zum eidgenössischen Zivilschutzrecht vom 28. September 1980³⁾ wird wie folgt geändert:

a) § 8 lautet neu:

Der Kanton leistet an die nach dem Bundesgesetz über den Zivilschutz anerkannten Kosten der Gemeinden 17 %.

b) Die §§ 9 und 10 werden aufgehoben

c) § 11 lautet neu:

Bei Rückerstattungen gelten die gleichen Ansätze wie in § 8.

§ 91c. 3. Änderung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenfürsorge

Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenfürsorge vom 4. Dezember 1983⁴⁾ wird wie folgt geändert:

§ 8 Absatz 4 lautet neu:

⁴⁾ Die Kostenanteile der einzelnen Einwohnergemeinden werden vom zuständigen Departement nach den Einwohnerzahlen gemäss der kantonalen Bevölkerungsstatistik festgelegt und eingefordert.

§ 91d. 4. Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe

Das Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 2. Juli 1989⁵⁾ wird wie folgt geändert:

§ 54 Absatz 1 lautet neu:

¹⁾ Die Sozialhilfekosten werden durch die Gesamtheit der Einwohnergemeinden getragen.

¹⁾ Abschnitt II^{bis} eingefügt am 27. August 2003.

²⁾ GS 83, 296 (BGS 837.11).

³⁾ GS 88, 457 (BGS 531.1).

⁴⁾ GS 89, 375 (BGS 834.11).

⁵⁾ GS 91, 388 (BGS 835.221).

III. Übergangsbestimmungen¹⁾

§§ 92. - 98. ...²⁾

III^{bis}. Übergangsbestimmung zur Teilrevision vom 27. August 2002³⁾

§ 98a. Hängige Verfahren

¹ Die vor dem Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung hängigen Verfahren

- a) um finanzkraftabhängige Beiträge des Staates an die Einwohnergemeinden und der Einwohnergemeinden an den Staat (indirekter Finanzausgleich)
- b) um Investitionsbeiträge richten sich nach den Bestimmungen und Zuständigkeiten des bisherigen Rechtes.

² Der Anspruch auf Investitionsbeiträge nach altem Recht erlischt drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung.

§ 98b. Bilanzfehlbetrag

Der am 1. Januar 2001 bilanzierte Bilanzfehlbetrag und Vorschuss wird bis zu dessen vollständigem Abbau nach altem Recht behandelt.

§ 98c. Fremdfinanzierungskosten über das zulässige anrechenbare Mass

Für die am 1. Januar 2001 bestehenden übermässigen Fremdfinanzierungskosten wird während drei Finanzausgleichsjahren nach Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung kein Abzug vom Steuerbedarf gemäss § 7 Absatz 1 litera b) vorgenommen.

IV. Inkrafttreten

§ 99. Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz tritt nach Annahme durch das Volk auf den durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.⁴⁾

² Mit dem Inkrafttreten sind alle widersprechenden Vorschriften aufgehoben.

¹⁾ Abschnitt III. aufgehoben am 27. August 2002.

²⁾ §§ 92 - 98 aufgehoben am 27. August 2002.

³⁾ Abschnitt III^{bis}. eingefügt am 27. August 2002.

⁴⁾ Inkrafttreten der Änderungen vom:
- 29. Januar 1995 am 1. Januar 1996;
- 22. September 1996 am 1. April 1997;
- 27. August 2002 am 1. Januar 2004;
- 24. Juni 2004 am 1. August 2005;
- 9. März 2010 am 1. Januar 2010.

Anhang

Formel 1¹⁾**Berechnung des Finanzausgleichsindex nach § 5 Absatz 3**

$$FI_i^k = g_1 \cdot SBI_i^b + g_2 \cdot (200 - SKI_i^b)$$

mit $g_1 = g_{1E}$ für alle Gemeinden, welche nicht Städte sind;
 $g_1 = g_{1S}$ für alle Gemeinden, welche Städte sind;
 $g_2 = g_{2E}$ für alle Gemeinden, welche nicht Städte sind;
 $g_2 = g_{2S}$ für alle Gemeinden, welche Städte sind;

Dabei gilt:

$$SBI_i^b = \frac{SB_i^b}{SS_i^b} \cdot 100$$

$$SKI_i^b = \frac{SKG_i^b}{SKK_i^b} \cdot 100$$

$$SKG_i^b = \frac{SS_i^b}{EZ_i^b}$$

$$SKK_i^b = \frac{\sum_{i=1}^n SS_i^b}{\sum_{i=1}^n EZ_i^b}$$

Es bedeuten:

FI_i^k Finanzausgleichsindex der Gemeinde i für das Geltungsjahr k

SBI_i^b Steuerbedarfsindex der Gemeinde i, berechnet nach den Daten der Basisjahre b

g_1 Gewicht des Steuerbedarfsindex
 g_{1E} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerbedarfsindex für Gemeinden, welche nicht Städte sind
 g_{1S} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerbedarfsindex für Gemeinden, welche Städte sind

SKI_i^b Steuerkraftindex der Gemeinde i, berechnet nach den Daten der Basisjahre b

¹⁾ Formel 1 Fassung vom 27. August 2002.

131.71

- g_2 Gewicht des Steuerkraftindex
- g_{2E} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerkraftindex für Gemeinden, welche nicht Städte sind
- g_{2S} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerkraftindex für Gemeinden, welche Städte sind
- SB_i^b Steuerbedarf der Gemeinde i in den Basisjahren b , gemäss § 7
- SS_i^b Staatssteueraufkommen der Gemeinde i in den Basisjahren b , gemäss § 8
- SKG^b Steuerkraft der Gemeinde i , berechnet nach den Daten der Basisjahre b
- SKK^b Steuerkraft des Kantons, berechnet nach den Daten der Basisjahre b
- EZ_i^b Einwohnerzahl der Gemeinde i in den Basisjahren b : Summe der Einwohnerzahlen der einzelnen Basisjahre
- n Anzahl solothurnischer Einwohnergemeinden

Die Berechnung von SBI_i^b und SKI_i^b ist gegenüber dem geltenden Gesetz unverändert. Ausnahme: Die Basis für die Berechnungen bilden neu die Daten zweier Rechnungsjahre (bisher 1 Rechnungsjahr). Die Gewichte g_{1E} und g_{2E} bzw. g_{1S} und g_{2S} ergänzen sich jeweils auf 1 (100 %).

Formel 2¹⁾
Berechnung des Grenzindex nach § 12

$$G^k = g_1 \cdot SBI^k + g_2 \cdot (200 - SKI^k)$$

Es bedeuten:

- G^k Grenzindex mit Gültigkeit für das Geltungsjahr k
- g_1 Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerbedarfsindex
- g_2 Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerkraftsindex
- SBI^k Vom Kantonsrat festgelegter Steuerbedarfsindex einer Referenzgemeinde r, die im Geltungsjahr k weder zu den Berechtigten noch zu den Pflichtigen gehören soll
- SKI^k Vom Kantonsrat festgelegter Steuerkraftsindex einer Referenzgemeinde r, die im Geltungsjahr k weder zu den Berechtigten noch zu den Pflichtigen gehören soll

¹⁾ Formel 2 Fassung vom 27. August 2002.

131.71

Formel 3¹⁾

Berechnung der Ausgleichsbeiträge nach § 14 Absatz 3

$$OB_j^k = \frac{FI_j^k - FIO_j^k}{g_1 \cdot 100 + g_2 \cdot SKI_j^b} \cdot SS_j^b \cdot v$$

mit $g_1 = g_{1E}$ für alle Gemeinden, welche nicht Städte sind;
 $g_1 = g_{1S}$ für alle Gemeinden, welche Städte sind;
 $g_2 = g_{2E}$ für alle Gemeinden, welche nicht Städte sind;
 $g_2 = g_{2S}$ für alle Gemeinden, welche Städte sind;

Dabei gilt:

$$FIO_j^k = GI^k + \left[\frac{FI_j^k - GI^k}{FI_{max}^k - GI^k} \cdot (FIO_{max}^k - GI^k) \right]$$

Es bedeuten:

- j Gemeinde, deren Finanzausgleichsindex im Geltungsjahr k grösser ist als der Grenzindex
- OB_j^k Ordentlicher Beitrag aus dem Finanzausgleichsfonds an die berechnete Gemeinde j im Geltungsjahr k
- FI_j^k Finanzausgleichsindex der Gemeinde j für das Geltungsjahr k
- FIO_j^k Finanzausgleichsindex, den die Gemeinde j für das Geltungsjahr k aufweisen würde, wenn sie den Betrag OB_j^k / v erhalten hat
- g_i Gewicht des Steuerbedarfsindex
 g_{1E} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerbedarfsindex für Gemeinden, welche nicht Städte sind
 g_{1S} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerbedarfsindex für Gemeinden, welche Städte sind

¹⁾ Formel 3 Fassung vom 27. August 2002.

g_2	Gewicht des Steuerkraftindex
	g_{2E} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerkraftindex für Gemeinden, welche nicht Städte sind
	g_{2S} : Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerkraftindex für Gemeinden, welche Städte sind
SK_j^b	Steuerkraftindex der Gemeinde j, berechnet nach den Daten der Basisjahre b
SS_j^b	Staatssteueraufkommen der Gemeinde j, berechnet nach den Daten der Basisjahre b
GI^k	Grenzindex mit Gültigkeit für das Geltungsjahr k
$FI_{\max}^k, FIO_{\max}^k$	Referenzindex zur Vorgabe der maximalen Entlastung für das Geltungsjahr k. Eine Referenzgemeinde mit einem Finanzausgleichsindex $FI_{\max}^k$ wird im Geltungsjahr k auf einen Finanzausgleichsindex von $FIO_{\max}^k$ entlastet.
v	Vom Kantonsrat festgelegter Verstärkungsfaktor

131.71

Formel 4 ...¹⁾

Formel 4a²⁾

Berechnung der Investitionsbeitragssätze nach § 17 Absatz 1

$$IBS = \frac{FI^k - GIIB^k}{FI^k} \cdot 100$$

IBS Investitionsbeitragssatz für Projekte einer Gemeinde, welche beitragsberechtigt sind

FI^k Finanzausgleichsindex einer Gemeinde im Geltungsjahr k

$GIIB^k$ Der vom Kantonsrat nach § 16 Absatz 2 festgelegte Grenzindex für Investitionsbeiträge im Geltungsjahr k

k Für die Berechnung des Beitragssatzes massgebendes Geltungsjahr

¹⁾ Formel 4 aufgehoben am 27. August 2002.

²⁾ Formel 4a eingefügt am 27. August 2002.

Formel 4b¹⁾**Berechnung der Investitionsbeiträge nach § 23 Absatz 3**

Ist eine Gemeinde gemäss § 16, Absatz 1 und § 17, Absatz 1 investitionsbeitragsberechtigigt, so errechnet sich der Investitionsbeitrag wie folgt:

$$IB = \frac{NK \cdot IBS}{100}$$

- IB Investitionsbeiträge für Projekte einer Gemeinde, welche beitragsberechtigigt sind
- NK Beitragsberechtigigte Nettokosten eines Projektes einer Gemeinde, welches beitragsberechtigigt ist
- IBS Gemäss Kantonsratsbeschluss anwendbarer Investitionsbeitragsatz einer Gemeinde gemäss Formel 4a

¹⁾ Formel 4b eingefügt am 27. August 2002.

Formel 5¹⁾**Berechnung der Abgaben der pflichtigen Gemeinden nach § 36**

$$AG_j^k = \frac{FIU_j^k - FI_j^k}{g_1 \cdot 100 + g_2 \cdot SKI_j^b} \cdot SS_j^b$$

mit $g_1 = g_{1E}$ für alle Gemeinden, welche nicht Städte sind;
 $g_1 = g_{1S}$ für alle Gemeinden, welche Städte sind;
 $g_2 = g_{2E}$ für alle Gemeinden, welche nicht Städte sind;
 $g_2 = g_{2S}$ für alle Gemeinden, welche Städte sind;

Dabei gilt:

$$FIU_j^k = GI^k - \left[\frac{GI^k - FI_j^k}{GI^k - FI_{\min}^k} \cdot (GI^k - FIU_{\min}^k) \right]$$

Es bedeuten:

- j Gemeinde, deren Finanzausgleichsindex im Geltungsjahr k grösser ist als der Grenzindex
- AG_j^k Abgabe der pflichtigen Gemeinde j an den Finanzausgleichsfonds im Geltungsjahr k
- FI_j^k Finanzausgleichsindex der Gemeinde j für das Geltungsjahr k
- FIU_j^k Finanzausgleichsindex, den die Gemeinde j für das Geltungsjahr k aufweist, wenn sie die Abgabe AG_j^k bezahlt hat. Auf diesen Finanzausgleichsindex wird die Gemeinde j belastet.
- g_i Gewicht des Steuerbedarfsindex
 g_{1E} Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerbedarfsindexes für Gemeinden, welche nicht Städte sind
 g_{1S} Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerbedarfsindexes für Gemeinden, welche Städte sind

¹⁾ Formel 5 Fassung vom 27. August 2002.

g_2	Gewicht des Steuerkraftindex
g_{2Er}	Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerkraftindex für Gemeinden, welche nicht Städte sind
g_{2St}	Vom Kantonsrat bestimmtes Gewicht des Steuerkraftindex für Gemeinden, welche Städte sind
SK_j^b	Steuerkraftindex der Gemeinde j, berechnet nach den Daten der Basisjahre b
SS_j^b	Staatssteueraufkommen der Gemeinde j, berechnet nach den Daten der Basisjahre b
GI^k	Grenzindex mit Gültigkeit für das Geltungsjahr k
FI_{min}^k, FIU_{min}^k	Referenzindex zur Vorgabe der maximalen Belastung. Eine Referenzgemeinde mit einem Finanzausgleichsindex FI_{min}^k wird im Geltungsjahr k auf einen Finanzausgleichsindex von FIU_{min}^k belastet.